

FDP

Liberales
Fraktion



FDP-Liberale Fraktion
der Bundesversammlung
Neuengasse 20
Postfach
CH-3001 Bern

+41 (0)31 320 35 35
www.fdp.ch
info@fdp.ch
/fdp.dieliberalen
@FDP_Liberalen

Sessionsbericht – Frühlingsession

Rapport de session – Session de printemps

27. Februar bis 17. März 2017

Von Charles Jean-Richard, Fraktionssekretär

Von der Altersvorsorge und der direkten Demokratie

Für CVP und SP ist die von den Räten heute beschlossene Erhöhung der AHV-Renten der „Preis der direkten Demokratie“. Das Volk werde keiner Rentenreform zustimmen, wenn die Renten nicht verbessert werden – so der Tenor. Die 1.4 Milliarden Franken teure Marketingmassnahme „70 Franken“ soll sicherstellen, dass das Volk an der Urne der Reform zustimmt. Um den Effekt dieses „Zückerlis“ möglichst zu verstärken, wird der AHV-Ausbau vor allem auf abstimmungsfleissige, geburtenstarke Jahrgänge fokussiert – sie profitieren vom AHV-Ausbau am meisten (+840 Franken Renten) und werden von der Senkung des Umwandlungssatzes ausgenommen.

Diese Strategie ist an sich politisch nichts Neues. Aber im Falle der Altersvorsorge 2020 wurde dabei ein fataler Fehler begangen: CVP und SP haben das eigentliche Ziel der Reform aus den Augen verloren. Um endlich eine Reform durchzubringen, sind sie bereit, auf das Ziel der Reform zu verzichten: Die Stabilisierung der AHV. Sanieren, indem man mehr ausgibt – das geht nicht auf.

Die Vorlage führt in eine Drei-Klassen-AHV: Die Rentner erhalten nichts und bezahlen mehr MWST. Die Übergangsgeneration hat Besitzstandswahrung und die 70 Franken. Die Jungen müssen das alles finanzieren, ohne eine Sicherheit zu haben, selbst von diesem System profitieren zu können. Die Vorlage geht im September in die Volksabstimmung. Wir werden sehen, ob das Volk es goutiert, dass das Abstimmungs- Zückerli so ungerecht verteilt wird.

1. Altersvorsorge 2020

Die Hälfte des parlamentarischen Prozesses zur Altersvorsorge 2020 wurde innerhalb der Frühlings-session absolviert. Am Schluss hat sich das Modell der SP und der CVP durchgesetzt. Die Senkung des Umwandlungssatzes im BVG soll durch höhere Lohnabzüge finanziert werden und durch höhere AHV-Renten (welche ihrerseits durch Lohnabzüge und Steuern finanziert werden). In der AHV soll die Abgleichung des Rentenalters für Frauen und Männer zu finanziellen Entlastungen führen. Weitere Sparmassnahmen sind in der AHV nicht vorgesehen.

Die AHV ist mit dieser Revision nicht gesichert. Der Renteneintritt der Babyboom-Generation belastet die AHV bereits jetzt, und die Erhöhungen der AHV verstärken dieses strukturelle Problem. Die Reform vermag die Probleme der AHV dank einer MWST-Erhöhung von 0.6% zu kaschieren. Ab 2030 stürzt die AHV aber in ein noch grösseres Loch.

Die Erhöhung der 70 Franken hat auch Auswirkungen auf das Bundesbudget, da der Bund 19,55 % der Ausgaben der AHV mitfinanzieren muss. Der Anteil der stark gebundenen Ausgaben im Bundesbudget steigt bereits heute stark an, die Handlungsfähigkeit des Parlaments beim Budget nimmt also ab. Mit den AHV-Erhöhungen nimmt der Druck der Schuldenbremse auf die schwach gebundenen Ausgaben weiter zu: Die 70 Franken erzwingen folglich Sparpakete in den Bereichen Sicherheit, Bildung, Landwirtschaft, Kultur und öffentliche Verwaltung. Die Linke wird diese Sparpakete nicht nur entschieden bekämpfen, sondern die Schuld dafür wohl auch den Bürgerlichen zuschieben. Eine Politik ohne Rücksicht auf Verluste kann nicht im Sinne unserer Sozialversicherungen sein.

Die FDP bot Hand, um eine Lösung zu finden. Im Laufe der Behandlungen im National- und Ständerat haben wir mehrfach die Initiative ergriffen, um gemeinsam mit Mitte-Links eine Lösung zu finden, die den Namen „Reform“ auch verdient hätte. Für uns unbegreiflich ist, dass gerade die Sozialdemokraten nichts wissen wollten von einer sozial gerechten Vorlage. Die 70 Franken mehr AHV kommen nur Neurentnerinnen und Neurentnern zugute. Die bisherigen Rentnerinnen und Rentner haben das Nachsehen. Eine solche Zwei-Klassen-AHV ist nicht nur ungerecht, sie beschädigt auch das Vertrauen der Bevölkerung in die Politik nachhaltig.

Die nachfolgende Übersicht zeigt die wichtigsten Massnahmen und finanziellen Auswirkungen der angenommenen Vorlage (alle finanziellen Auswirkungen basieren auf Preisen von 2016).

- › [Erhöhung des Referenzalters der Frauen auf 65 Jahre](#)
- › [Flexibler Rentenbezug in der AHV](#)
- › [Erwerbstätigkeit ab dem Referenzalter](#)
- › [Flexibler Altersrücktritt in der 2. Säule](#)
- › [Zusatzfinanzierung durch die Mehrwertsteuer \(separater Bundesbeschluss\)](#)
- › [Beitrag des Bundes an die Finanzierung der AHV](#)
- › [Überwachung des finanziellen Gleichgewichts der AHV durch den Bundesrat](#)
- › [Senkung des BVG-Mindestumwandlungssatzes](#)
- › [Massnahmen im BVG zum Erhalt des Rentenniveau](#)
- › [Ausgleichsmassnahmen in der AHV](#)
- › [Verbesserung der Transparenz im Geschäft der beruflichen Vorsorge der Lebensversicherer](#)
- › [Inkrafttreten in zwei Schritten](#)

2. Parlament unterstützt Gegenvorschlag zur Ernährungssicherheit

Der Nationalrat stimmte parteiübergreifend mit 173 zu 7 Stimmen bei 11 Enthaltungen für den direkten Gegenvorschlag der kleinen Kammer. Damit folgte er der Empfehlung der Wirtschaftskommission des Nationalrates (WAK) und des Bundesrats. Wie der Ständerat empfiehlt der Nationalrat der Stimmbevölkerung, den Gegenvorschlag bei der Abstimmung der Initiative vorzuziehen. Im vergangenen Frühjahr hatte der Nationalrat die Initiative "für Ernährungssicherheit" des Bauernverbandes gutgeheissen.

Die Initiative verlangt, dass der Bund die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln "aus vielfältiger und nachhaltiger einheimischer Produktion" stärkt. Zu diesem Zweck soll er wirksame Massnahmen ergreifen, insbesondere gegen den Verlust von Kulturland. Der Bauernverband hatte die Initiative als Reaktion auf die Agrarpolitik 2014-2017 lanciert.

Der Gegenvorschlag sieht nun vor, dass für die Ernährungssicherheit ein umfassendes Gesamtkonzept in die Verfassung aufgenommen wird. Dazu gehören die Sicherung des Kulturlandes, eine standortangepasste und ressourceneffiziente Lebensmittelproduktion und eine auf den Markt ausgerichtete Land- und Ernährungswirtschaft. Der Gegenentwurf setzt die Stossrichtung der Agrarpolitik der letzten Jahre fort, enthält aber keine volkswirtschaftlich negativen Elemente und steht nicht im Konflikt mit der anderen Verfassungsartikeln. Der Gegenvorschlag hat einen weiteren Vorteil: Er nimmt die Anliegen von zwei hängigen Volksinitiativen auf, der Fair-Food-Initiative der Grünen und der Initiative für Ernährungssouveränität der Bauerngewerkschaft Uniterre.

Der Gegenvorschlag kommt nun vors Volk. Der Schweizer Bauernverband (SBV) hat seine Initiative bereits zugunsten des Gegenvorschlags zurückgezogen.

3. Stabilisierungsprogramm: Ausgabenwachstum wird leicht gebremst

Die Räte haben das Stabilisierungsprogramm 2017-2019 gutgeheissen. Mit diesem wollte der Bundesrat ursprünglich in diesen Jahren das Ausgabenwachstum des Bundes um 800 Mio. bis 1 Mia. jährlich bremsen. Nun haben die Räte ein noch bescheideneres Stabilisierungsprogramm verabschiedet - mit einigen Abstrichen im Vergleich zur bundesrätlichen Vorlage. Mit den Beschlüssen würden im Jahr 2018 rund 755 Millionen und im Jahr 2019 rund 820 Millionen Franken weniger ausgegeben.

Die FDP begrüsst, dass damit das Ausgabenwachstum des Bundes zumindest in einigen Punkten leicht gemindert wird. Das ist ein erster Schritt. Doch die defizitären Aussichten des Bundeshaushaltes sprechen bereits für weitere Entlastungsmassnahmen. Das positive Ergebnis zur Rechnung 2016 kam lediglich aufgrund von Sondereffekten zustande. Bereinigt durch die Auswirkungen der Negativzinsen hätten wir bereits im letzten Jahr Defizite verzeichnet. Ab 2018 rechnet der Bund mit Defiziten von rund 1,5 Mia. pro Jahr.

Trotz drohender Defizite in den nächsten Jahren, fordert Mitte-Links die Aufweichung der bewährten Schuldenbremse. Statt den Schuldenabbau weiter voranzutreiben, sollen Überschüsse neu auch für weitere Ausgabenfreudigkeit verwendet werden können. Der Bundesrat prüft das Anliegen momentan in einer Expertengruppe. Die FDP stellt sich klar gegen eine Aufweichung der bewährten Schuldenbremse.

4. Loi sur les jeux d'argent

Tous les jeux d'argent seront désormais soumis à une seule loi afin d'assurer une plus grande cohérence. La nouvelle reprend les caractéristiques éprouvées de la législation précédente tout en présentant un caractère innovant. Ainsi, les maisons de jeux pourront dorénavant également proposer leurs jeux en ligne. De plus, il est dorénavant autorisé d'organiser des petits tournois de poker en dehors des maisons de jeu. L'affectation des bénéfices provenant des jeux d'argent à l'AVS, l'AI et à des buts d'utilité publique sera maintenue.

La nouvelle loi permet de mettre en œuvre les exigences découlant de l'art. 106 de la Constitution fédérale de la Confédération. Cet article accepté en votation populaire le 11 mars 2012 par 87% de la population prévoit qu'une concession est nécessaire afin de pouvoir ouvrir une maison de jeu. Il fallait donc trouver une solution afin de garantir qu'uniquement les titulaires d'une concession puissent proposer des jeux en ligne. Au final, la solution proposée par le PLR a été retenue et il a été décidé par 135 voix contre 45 de mettre en place un système bloquant l'accès aux jeux d'argent à l'étranger. Il a été rappelé à juste titre qu'internet n'était pas une zone de non-droit.

Les casinos qui veulent mettre à disposition de leurs clients des jeux en ligne devraient pouvoir le faire en demandant l'extension de leur concession. Seuls ceux remplissant les conditions pour obtenir une concession de type A, soit les grands casinos, pourront toutefois offrir des e-casinos. Il n'y aura pas de nouveau type de concession. Une autre proposition visait à limiter le salaire des personnes employées par un exploitant de jeux de grande envergure au montant de la rémunération d'un conseiller fédéral. Cette disposition aurait constitué une intrusion massive de l'Etat dans l'économie privée et a été refusée par 103 voix contre 90.

5. Service public in den Medien: Kein Kahlschlag

Beide Kammern nahmen sich während der Frühlingssession dem Thema des Service public in den Medien an. Neben einer Vielzahl von parlamentarischen Vorstössen diskutierte der Nationalrat intensiv über den Service-public-Bericht des Bundesrates. Die FDP äusserte sich in der Debatte kritisch zum Bericht, betonte aber auch, dass die Informationsvermittlung durch die Medien eine dringende Voraussetzung für das gute Funktionieren der direkten Demokratie darstellt. Dies legitimiert einen Service public, der aber auch in Zukunft von einer Vielzahl von unterschiedlichen Anbietern erbracht werden muss. Die SRG alleine kann dies nicht bewerkstelligen. Eine Motion der vorberatenden Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen forderte zudem die Einführung einer dualen Konzession für die SRG. Damit würde das Parlament die Rahmenkonzession genehmigen und der Bundesrat die Details in einer Betriebskonzession regeln. Die von FDP-Fraktionsmitgliedern eingebrachte Kommissionsmotion wurde im Rat mit 99 zu 87 Stimmen bei 4 Enthaltungen abgelehnt, wobei auch einige FDP-Mitglieder für die Ablehnung stimmten. Das Parlament soll also bei der SRG-Konzession auch in Zukunft nicht mitreden.

Im Ständerat lag der Fokus der Debatte auf der Initiative zur Abschaffung der Radio- und TV-Gebühren (No-Billag-Initiative), bei der es aufgrund der Einigkeit im Saal gar keine Abstimmung benötigte. Die Initiative wird ohne Gegenvorschlag zur Ablehnung empfohlen. Ein vielfältiges Angebot in allen Sprachregionen ist für die FDP das übergeordnete Ziel, welches durch die Initiative gefährdet wird. Vor allem Randregionen und Sprachminderheiten müssten bei einem Wegfall der Gebühreneinnahmen um ihre Existenz bangen. Ein solcher Kahlschlag unterstützt die FDP nicht. Klar wurde aber auch, dass die SRG sich bewegen und bescheidener werden muss. Ebenfalls einstimmig abgelehnt wurde eine Motion aus dem Nationalrat, der das Online-Werbeverbot für die SRG auch nach 2018 zementieren wollte.

6. Erster Schritt zur Ratifikation des Klimaübereinkommen von Paris

Die Schweiz soll sich am Kampf gegen den globalen Klimawandel mit globalen Massnahmen beteiligen. Die zuständige Bundesrätin hat dazu dem Parlament den Vertrag mit den Zielen für die Schweiz unterbreitet. Die FDP ist klar der Meinung, dass es das internationale Übereinkommen von Paris zur wirkungsvollen Einschränkung der Klimaerwärmung und der Reduktion der Treibhausgasemissionen braucht. Mit der Unterzeichnung des Übereinkommens wurde ein erster Meilenstein zur Erfüllung der internationalen Klimaziele erreicht. Die FDP bekennt sich zu diesem Übereinkommen und hat darum die Ratifizierung durch das Parlament unterstützt. Wichtig ist dabei die Sicherstellung einer flexiblen Umsetzung des übergreifenden Reduktionszieles in der CO₂-Gesetzgebung, wie wir das mit unserer Fraktions-Motion [„Zukunft der Energie- und Klimapolitik. Flexibilisierung der neuen CO₂-Gesetzgebung“](#) fordern.

Der Nationalrat hat den Vertrag schliesslich eindeutig mit 123 zu 62 Stimmen bei 8 Enthaltungen genehmigt. Einzig die SVP hat sich dagegen ausgesprochen. Umstritten war hingegen, wie stark die Schweiz den CO₂-Ausstoss reduzieren soll. Ein Antrag von SVP- und FDP-Vertretern für eine Reduktion von 40 Prozent bis 2030 wurde mit 104 zu 87 Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt. Damit wurde dem Ziel des Bundesrates gefolgt: Bis 2030 sollen die Treibhausgasemissionen gegenüber 1990 um 50 Prozent gesenkt werden. Die Vorlage geht nun an den Ständerat.

7. Vereinigte Bundesversammlung (vbv)

Bundesverwaltungsgericht. Die VBV wählte Annie Rochat Pauchard (CVP) als neue Richterin. Sie ersetzt Marie-Chantal May Canellas, die ans Bundesgericht gewechselt hat.

Als neue **nebenamtliche Richterin am Bundesgericht** wurde Cordula Lötscher (CVP) gewählt. Sie folgt auf Daniela Viscione, die im September 2016 zur ordentlichen Bundesrichterin gewählt worden ist.

Militärkassationsgericht. Der Anwalt und Oberst Stefan Wehrenberg (SVP) ist als neuer Richter gewählt worden. Er ist der Nachfolger von Paul Tschümperlin, der im Dezember 2016 zum Präsidenten des Militärkassationsgerichts bestimmt worden ist.

8. Geschäfte beider Räte

Schwarzarbeit: Die Räte haben sich über das revidierte Gesetz über die Schwarzarbeit geeinigt. Kern der Vorlage ist die Unterbindung des "Putzfrauentricks" um Steuern zu sparen. Die letzte Differenz betraf die Anmelde- und Aufzeichnungspflichten für Betriebe und deren Angestellte. Der Bundesrat wollte die Einhaltung dieser schon bestehenden Pflichten besser durchsetzen. Unter anderem beantragte er dazu eine Kompetenz für die Kontrollorgane der Kantone, in Bagatellfällen selbst Bussen auszusprechen. Der Ständerat folgte nun aber dem Nationalrat und strich den Passus aus der Vorlage.

Registre du commerce : La modernisation du registre du commerce est terminée. Le Conseil national a mis tout soit une modernisation du droit du registre du commerce en éliminant par 110 voix contre 59 une ultime divergence avec le Conseil des Etats. Les entreprises individuelles, à l'exception des professions libérales et des agriculteurs, doivent être inscrites au registre dès que leur chiffre d'affaires atteint au moins 100'000 francs.

Tribunal pénal fédéral : La dernière divergence a été éliminée et a permis de mettre sous soit une modification de la loi sur le Tribunal fédéral instituant une cour d'appel au Tribunal pénal fédéral. Elle permettra de concrétiser le principe de la double instance au niveau fédéral : une infraction pénale pourra être jugée en fait et en droit par deux tribunaux indépendants. La protection des justiciables en sera renforcée.

Freihandel: Das Parlament heisst das Handelsabkommen mit dem Iran und das Freihandelsabkommen der EFTA-Staaten mit den Philippinen gut. Zu diesem zweiten Abkommen gab es zwar im Nationalrat keine Gegenstimmen, doch SP und Grüne enthielten sich der Stimme. Die SP hätte das Freihandelsabkommen mit den Philippinen mit einem zivilgesellschaftlichen Forum verbinden wollen. Mit institutionellen Mechanismen müsse dafür gesorgt werden, dass Bestimmungen zu Nachhaltigkeit und Menschenrechten umgesetzt werden. Das Abkommen mit dem Iran war bereits im Mai 2005 unterzeichnet worden. Weil danach die politische Lage zwischen dem Iran und der internationalen Gemeinschaft angespannter wurde, sistierte die Schweiz den Prozess zur Ratifikation bis auf weiteres. Einen neuen Schub gab es, als der damalige Bundespräsident Johann Schneider-Ammann 2016 nach Teheran reiste.

Binnenschifffahrt: Das Binnenschifffahrtgesetz wurde revidiert und damit näher an das Strassenverkehrsrecht angeglichen. So genügt künftig bei Bootsführern wie beim Autofahrern ein Atemalkoholtest, um einen zu hohen Pegel nachzuweisen. Heute braucht es einen Bluttest. Kern der Vorlage ist ein neues System der Sicherheitsaufsicht. Künftig muss der Gesuchsteller nachweisen, dass ein Schiff sicher ist und der zuständigen Behörde die erforderlichen Unterlagen vorlegen. Mit diesen Änderungen war die FDP einverstanden und begrüsst die Entscheidung beider Räte. Zudem hat die FDP verhindert, dass eine zentrale Schifffahrt-Datenbank eingeführt wird. Grund dafür war das ausserordentlich schlechte Kosten-Nutzen-Verhältnis und der mangelnde Mehrwert. In der Schlussabstimmung wurde die Vorlage dann klar mit 133 zu 64 Stimmen im Nationalrat und 43 zu 0 Stimmen bei 2 Enthaltungen im Ständerat angenommen.

9. Geschäfte des Nationalrats

Finanzkontrolle: Die Eidgenössische Finanzkontrolle (EFK) soll besser über Prüfungen informieren, und ihr Direktor erhält mehr Kompetenzen. Das hat nach dem Ständerat auch der Nationalrat beschlossen. Die SVP wollte durchsetzen, dass die EFK über im Parlament hängige Geschäfte nur zurückhaltend informieren darf. In einigen Fällen habe die EFK in die politische Debatte eingegriffen, sagte Peter Keller (SVP/NW) dazu. Die übrigen Fraktionen lehnten den Antrag ab. Die Vorlage ist bereit für die Schlussabstimmung.

Landwirtschaft: Der Nationalrat ist nun doch einverstanden damit, in den nächsten vier Jahren auch bei den Bauern etwas zu sparen. In den Jahren 2018 bis 2021 stehen für Subventionen insgesamt 13,56 Milliarden Franken zur Verfügung. Das sind 232 Millionen Franken weniger als in der aktuellen Periode. Der Bundesrat wollte 514 Millionen Franken weniger ausgeben. Der Nationalrat sprach sich zunächst gegen jegliche Sparmassnahmen aus. Nun hat er einem Kompromiss des Ständerates zugestimmt, mit 152 zu 30 Stimmen bei 5 Enthaltungen. Der Zahlungsrahmen ist damit unter Dach und Fach. Von den Mitteln sind 11,250 Milliarden Franken für Direktzahlungen vorgesehen. Die Grünliberalen plädierten vergeblich dafür, zu den Vorschlägen des Bundesrates zurückzukehren.

Marchés financiers : Le Conseil national a approuvé un projet permettant à la Suisse de gérer un numéro d'identification international visant une meilleure surveillance des entreprises actives dans le secteur financier. Le Conseil des Etats doit encore se prononcer.

Biometrische Daten: Das heute eingesetzte System zur Erfassung biometrischer Daten soll ab 2020 ersetzt werden. Der Nationalrat hat als Erstrat den Wechsel unterstützt und einen Verpflichtungskredit von 33 Millionen Franken mit 180 zu 5 Stimmen gutgeheissen. Das heutige System wurde 2010 in Betrieb genommen und dient zur Erfassung von Fingerabdrücken oder Gesichtsbildern. Die biometrischen Daten werden zum Beispiel für Pässe, Visa oder Ausländerausweise benötigt.

Kommunale Selbstverwaltung: Das Parlament hat das Zusatzprotokoll des Europarats zur Europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung genehmigt. Nach dem Ständerat gab auch der Nationalrat mit 105 zu 66 Stimmen seine Zustimmung zu einer Ratifikation. Das Protokoll verpflichtet die Mitgliedstaaten unter anderem dazu, Bürgerinnen und Bürgern in ihrer Gebietskörperschaft das aktive und das passive Wahlrecht einzuräumen. Laut Justizministerin Simonetta Sommaruga erfüllt die Schweiz die Anforderungen des Zusatzprotokolls schon heute.

Zivildienst: Der Bundesrat soll veranlassen, dass die Vollzugstelle für den Zivildienst vom Volkswirtschaftsdepartement (WBF) ins Verteidigungsdepartement (VBS) umgesiedelt wird. Der Nationalrat stimmte mit 94 zu 85 Stimmen für eine Motion seiner Sicherheitskommission.

Regulierung: Der Nationalrat will den Bundesrat beauftragen, eine "Regulierungsbremse" auf Bundesebene zu prüfen. Diese soll der zunehmenden Regulierungsdichte einen Riegel schieben. Denkbar wäre die Einführung der Regelung "one in, one out", wonach für jede neue Regulierung eine alte gestrichen werden muss. Der Nationalrat überwies ein entsprechendes Postulat, das Beat Walti (FDP/ZH) von Andrea Caroni (FDP/AR) übernommen hatte. Die hohe Regulierungsdichte untergrabe zunehmend das Vertrauen der Unternehmen in Verwaltung und Regierung, argumentierte Walti. Für die Schweizer Wirtschaft habe sie zudem eine markante Verschlechterung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit zur Folge.

Waffenrecht: Die Verschärfung des EU-Waffenrechts soll Schützinnen und Schützen in der Schweiz bei ihrem Hobby nicht einschränken. Das verlangt der Nationalrat mit einer Motion aus den Reihen der SVP. Nachdem das EU-Parlament die Verschärfungen im Waffenrecht am Dienstag, 14. März 2017 verabschiedet hatte, reichten Mitglieder der FDP im Nationalrat und Ständerat je eine Interpellation zum Thema Vereinbarkeit der EU-Waffenrichtlinie mit Schweizer Traditionen ein. Die Vorstösse bezwecken, den Bun-

desrat auf die vorhandenen Spielräume bei der Überführung der EU-Richtlinie ins Schweizer Recht hinweisen, um Schweizer Traditionen nicht zu gefährden.

Klima- und Energielenkungssystem (KELS): Bei dieser Vorlage handelt es sich eigentlich um die zweite Etappe der Energiestrategie 2050, die dem Nationalrat zur Erreichung der Richtwerte im ersten Massnahmenpaket vorgelegt wurde. Die vom Bundesrat vorgeschlagenen Lenkungsabgaben auf Strom und Energie über einen neuen Verfassungsartikel fanden keine Fürsprecher im Nationalrat. Am Ende beschloss der Rat ohne formelle Abstimmung, nicht auf das Geschäft einzutreten. Die FDP lehnt zwar Lenkungsabgaben nicht pauschal ab, die Vorlage des Bundesrates geht aber in die falsche Richtung und will neue Abgaben einführen. Die FDP hingegen fordert, die fiskalneutrale Ausgestaltung der bestehenden Abgabe auf CO₂.

Organisation der Bahninfrastruktur (OBI): Mit OBI hat der Bundesrat zum Ziel, die Diskriminierungspotenziale im Bahnverkehr zu reduzieren und die Rechte der Zugpassagiere zu stärken. Aus Sicht der FDP hat es der Bundesrat mit dieser Vorlage aber verpasst, die wirklichen Probleme der Bahninfrastruktur an die Hand zu nehmen. Aus diesem Grund hat die FDP beantragt, die Vorlage an den Bundesrat zurückzuweisen und zahlreiche Ergänzungen verlangt. Unter anderem soll SBB Cargo in ein eigenständiges Unternehmen ausgelagert werden. Kantone und Verkehrsverbände sollen mehr Mitsprache erhalten, vor allem bei den Tarifen. Diesem Antrag wurde im Nationalrat mit 98 zu 75 Stimmen bei 10 Enthaltungen zugestimmt. Die Vorlage geht nun an den Ständerat.

Fernbusse: Der Nationalrat hat einer Motion von Philippe Nantermod (FDP/VS) mit 102 zu 84 Stimmen bei 6 Enthaltungen zugestimmt und so den ersten Schritt hin zu einer Liberalisierung des Fernbusverkehrs gemacht. Der Blick ins Ausland zeigt, dass die Liberalisierung nicht zu einem Zusammenbruch des bestehenden Bahnverkehrs geführt hat. In Frankreich, wo die Regierung Bussen grünes Licht gegeben habe, werde mit 3000 zusätzlichen Stellen gerechnet. Schweizer Unternehmen sollen von der Liberalisierung profitieren und die gesamte Branche innovativer gestalten.

10. Geschäfte des Ständerats

Tabaksteuern: Der Ständerat hat eine Revision des Tabaksteuergesetzes unter Dach und Fach gebracht, doch ohne die Tabaksteuer zu erhöhen. Der Bundesrat hat nach Kritik in der Vernehmlassung und dem starken Franken darauf verzichtet, für sich die Kompetenz für weitere Steuererhöhungen zu beantragen. Die Gesetzesänderung betrifft somit vor allem den Wasserpfeifentabak. Dieser wird bei der Besteuerung gleichgestellt mit Feinschnitttabak. Seit die Besteuerung per Verordnung stark erhöht wurde, haben die Importe von Wasserpfeifentabak in die Schweiz stark abgenommen, wie WAK-Präsident Martin Schmid (FDP/GR) im Rat ausführte.

Maklerprovisionen: Der Bundesrat schlägt neue Regeln zur Besteuerung von Maklerprovisionen vor. Nach dem Nationalrat hat sich auch der Ständerat damit einverstanden erklärt und einer Revision des Bundesgesetzes über die Harmonisierung der direkten Steuern der Kantone und Gemeinden (StHG) oppositionslos zugestimmt. Künftig sollen Steuern auf Gewinnen aus Grundstücksverkäufen immer am Wohnort des Maklers beziehungsweise am Sitz der Maklerfirma erhoben werden. Am Grundstücksort sollen die Steuern nur noch für jene Makler erhoben werden, die keinen Wohn- oder Geschäftssitz in der Schweiz haben.

OECD-Aktionsplan BEPS: Multinationale Konzerne sollen ihre Gewinne nicht länger in Tiefsteuerländer verschieben können. Der Ständerat hat am Donnerstag als Erstrat einer multilateralen Vereinbarung und dem Gesetz zu deren Umsetzung zugestimmt. Künftig sollen die Unternehmen jedes Jahr in einem Bericht aufzeigen, in welchem Land sie wie viel Umsatz gemacht und Steuern gezahlt haben. Diese länderbezogenen Berichte sollen mit anderen Staaten automatisch ausgetauscht werden. Es handelt sich um eine Massnahme des OECD-Aktionsplans BEPS zur Bekämpfung der Gewinnverkürzung und -

verlagerung. Im Rat zeigten sich viele kritisch. Die Mehrheit vertrat aber die Auffassung, dass die Schweiz schlechter dastünde, wenn sie nicht mitmachen würde.

Kinderbetreuung: Der Ständerat ist bereit, die familienergänzende Kinderbetreuung mit Geld aus der Bundeskasse zu verbilligen. Wie vom Bundesrat beantragt, stellt die kleine Kammer dafür während fünf Jahren bis zu 82,5 Millionen Franken zur Verfügung. Das Geld geht an jene Kantone, die ihrerseits zu Subventionen bereit sind. Weitere 15 Millionen Franken sind vorgesehen für die bessere Abstimmung des Betreuungsangebots auf die Bedürfnisse der Eltern. Unterstützt werden könnten Angebote über Mittag und während der Ferien oder speziell auf Eltern mit unregelmässigen Arbeitszeiten ausgerichtete Betreuung. Nun muss noch der Nationalrat über die Vorlage entscheiden.

Violence faite aux femmes - Le Conseil des Etats soutient un front commun à travers l'Europe
La lutte contre la violence faite aux femmes doit être menée selon des normes semblables à travers le Vieux-Continent. La Chambre des cantons a approuvé par 32 voix contre 12 le projet de ratification de la convention d'Istanbul du Conseil de l'Europe. Le National doit encore se prononcer.

Burka: Die Burka wird in der Schweiz vorerst nicht verboten. Der Ständerat hat am Donnerstag einen Vorstoss aus dem Nationalrat für ein Verbot mit 26 zu 9 Stimmen bei 4 Enthaltungen abgelehnt. Dieser ist damit erledigt. Weil zum Thema auch eine Volksinitiative hängig ist, wird voraussichtlich aber das Stimmvolk entscheiden. Der Nationalrat wollte in der Verfassung verankern, dass niemand sein Gesicht im öffentlichen Raum verhüllen darf. Im Ständerat wiesen die Gegner darauf hin, dass Burka und Niqab in der Schweiz selten anzutreffen seien. Sie betonten zudem, die Kompetenz liege bei den Kantonen. Ein weiteres Gegenargument war der Tourismus.

Swisscoy: Der Einsatz der Swisscoy im Kosovo soll um drei Jahre verlängert werden, bis Ende Dezember 2020. Das hat der Ständerat als Erstrat entschieden. Die Sicherheitspolitische Kommission (SiK) hatte dazu festgehalten, im Zentrum und im Süden des jungen Landes habe sich die Sicherheitslage zwar stabilisiert, doch im Norden sei sie nach wie vor fragil. Mit der vom Bundesrat vorgeschlagenen Reduktion des Bestandes der Swisscoy war der Ständerat einverstanden. Das Parlament hat der Weiterführung des seit 1999 laufenden Swisscoy-Einsatzes mehrmals zugestimmt. Das Budget für 2017 für die Mission beträgt rund 44 Millionen Franken.

Lobbying: Der Ständerat besteht auf neuen Regeln für Bundeshaus-Lobbyisten. Er hat es mit 29 zu 13 Stimmen abgelehnt, einen Vorstoss abzuschreiben. Damit muss seine Kommission über die Bücher. Vor einem Jahr hatte der Rat einer parlamentarischen Initiative des Neuenburger SP-Ständerats Didier Berberat zugestimmt, die ein Akkreditierungssystem und eine Begrenzung der Zahl der Lobbyistinnen und Lobbyisten verlangte. Auch die Nationalratskommission war damit einverstanden. Das Sekretariat der Ständeratskommission arbeitete daraufhin Gesetzesänderungen aus. Die Kommission beantragte dem Rat dann aber, das Projekt zu verwerfen. Sie war zum Schluss gekommen, die neuen Regeln wären zu kompliziert

Regionaler Personenverkehr: Der Ständerat will in den nächsten vier Jahren für den regionalen Personenverkehr mehr Geld einsetzen als der Bundesrat. Entgegen der Mehrheit der FDP-Exponenten im Ständerat wurde mit 26 zu 17 Stimmen beschlossen, den Verpflichtungskredit um rund 144 Millionen Franken auf über 4,1 Milliarden Franken zu erhöhen. Damit entschied er im Sinne der Kantone und der Bahnunternehmen. Mit dem Vorschlag des Bundesrates würden die Ausgaben für den regionalen Personenverkehr bereits um zwei Prozent steigen - stärker als fast alle anderen Bundesausgaben, sagte sie. Eine weitere Aufstockung liessen die Bundesfinanzen nicht zu. Die FDP wird sich im Nationalrat dafür einsetzen, dass die Mittel gemäss dem Bundesrats-Vorschlag gesprochen werden.

Revision des Luftfahrtgesetz: Mit der Revision des Luftfahrtgesetzes soll mit diversen kleineren Anpassungen die Sicherheit in der Luftfahrt verbessert werden. Der Ständerat hat als Zweitrat mit der Unterstützung der FDP die Vorlage gutgeheissen, wobei weiterhin Differenzen zum Nationalrat bestehend

bleiben. Geht es nach dem Bundesrat und dem Ständerat, soll künftig im Funkverkehr zwischen Piloten und Flugsicherung über der Schweiz ausschliesslich Englisch gesprochen werden. Aufgrund der Gefahr von Missverständnissen sprach sich der Ständerat mit 21 zu 18 Stimmen für "English only" aus. Die Vorlage wurde in der Gesamtabstimmung mit 35 zur 4 Stimmen angenommen.

Befreiung von der CO2-Abgabe: Nach 2020 sollen sich Unternehmen aller Wirtschaftszweige von der CO2-Abgabe befreien lassen können. Der Ständerat hat eine Fraktionsmotion der FDP aus dem Nationalrat angenommen, den Text aber abgeändert. Heute können sich nur jene Unternehmen befreien lassen, die einer dazu berechtigten Branche angehören. Diese bürokratische Hürde soll nun gelockert werden. Jedoch hat der Ständerat beschlossen, dass eine komplette Öffnung zu weit gehe und darum den Bundesrat beauftragt, den Unternehmen unter Wahrung der „Verhältnismässigkeit“ eine Befreiung von der CO2-Abgabe zu ermöglichen. Ein kleiner Schritt in die richtige Richtung, jedoch bei weitem nicht das, was die FDP ursprünglich forderte.

11. Vorstösse der FDP-Liberale Fraktion

Mo. FDP-Liberale Fraktion (*Sprecher NR Burkart*). Digitalisierung: Weg frei für automatisierte und selbstfahrende Fahrzeuge

Text

Der Bundesrat wird beauftragt, die rechtlichen Grundlagen im Strassenverkehrsgesetz (SVG) zu schaffen, damit die Zulassung und der Verkehr von automatisierten und selbstfahrenden Fahrzeugen auf Verordnungsstufe geregelt werden können. Ziel ist es, die gesetzgeberische Flexibilität zu haben, um zeitnah mit den technischen Entwicklungen und im Gleichschritt mit dem internationalen Rechtsrahmen die notwendigen regulatorischen Anpassungen vornehmen zu können.

Begründung

Die Digitalisierung hat den heutigen Strassenverkehr bereits stark geprägt. Neben der höheren Verkehrssicherheit haben digitale Systeme auch enorme Effizienzsteigerungen der Fahrzeuge ermöglicht. Mit der fortschreitenden Automatisierung bis hin zum vollautomatisierten Fahrzeug werden diese positiven Effekte nochmals um ein Vielfaches zunehmen. Diese technischen Entwicklungen schreiten international rasant voran. Selbstverständlich kommen damit auch ganz neue Fragen betreffend Haftung oder Datenverwaltung auf die Schweiz zu. Damit die Schweiz international kompatibel bleibt und auch von den technischen Vorzügen profitieren kann, werden aber auf nationaler Ebene in verschiedenen Bereichen des Strassenverkehrsrechts Anpassungen notwendig. Diese müssen im Einklang mit der internationalen Rechtsentwicklung wie dem Wiener Übereinkommen stehen. Deshalb ist es wichtig, dass flexibel und zeitnah auf die kommenden Weiterentwicklungen der technischen Möglichkeiten und der Rechtsordnung reagiert werden kann und die sich daraus ergebenden Chancen wahrgenommen werden können. Mit der Einführung einer rechtlichen Grundlage im Strassenverkehrsgesetz gemäss den Empfehlungen des Berichtes des Bundesrats „Automatisiertes Fahren – Folgen und verkehrspolitische Auswirkungen“ vom 21. Dezember 2016 wird diese Forderung umgesetzt und der Bundesrat erhält die notwendige regulatorische Flexibilität. Ziel ist es, Fortschritt zuzulassen und nicht zusätzliche Regulierung zu schaffen.

Mo. FDP-Liberale Fraktion (*Sprecher NR Dobler*). Digitalisierung: Eine elektronische Identität für den landesweiten Bürokratieabbau

Text

Der Bundesrat wird beauftragt, in der Erarbeitung des E-ID-Gesetzes folgende Forderungen einfließen zu lassen, um für alle natürlichen Personen und privaten Unternehmen die landesweite Vernetzung, Nutzung und rasche Implementierung der elektronischen Identität (E-ID) sicherzustellen:

- › Interoperabilität: Der Bund gewährleistet mit der geeigneten Infrastruktur die Interoperabilität bzw. Verbindung der Schnittstellen zwischen den föderalen Ebenen, der EU und dem bereits in Arbeit befindenden Identitätsverbund Schweiz (IDV).
- › Sicherheit: Der Bund muss die Sicherheitsstandards für die Dienstleistungsanbieter definieren und seine Rolle als Kontrollinstanz wahrnehmen.
- › Priorisierung: Aufgrund der hohen Relevanz des Projektes muss die Umsetzung zeitnah und mit entsprechender Priorität in Angriff genommen werden. Dies bedingt auch eine sichere Finanzierung der Vorleistungen in der Verwaltung.

Begründung

Ziel des künftigen E-ID-Gesetzes ist es, aufgrund der Erfahrungen mit der SuisseID und den Fallbeispielen im europäischen Umfeld die elektronische Identität in einer Zusammenarbeit zwischen der Verwaltung und privaten Akteuren zu implementieren. Die Schweiz geht dabei neue Wege, ist aber gleichzeitig kein Vorreiter, da bereits viele Staaten eine elektronische Identität für ihre Bürger eingeführt haben. Ein Blick auf diese Staaten beweist, dass das Potenzial einer elektronischen Identität für den Bürokratieabbau enorm ist. So wurden z.B. im Fall von Estland Kosteneinsparungen von 2% des BIP realisiert.

Aus diesem Grund ist es entscheidend, dass der Bundesrat diesem Projekt die notwendige Priorität einräumt. Das bedingt eine zeitnahe Umsetzung und die Sicherstellung der Finanzierung der verwaltungsin-ternen Implementierung. Damit eine solche Lösung auch einen effektiven Nutzen bringt, sind die Interoperabilität der Systeme und deren vielseitige Einsatzbarkeit absolut zentral. Dafür soll der Bund die notwendigen Voraussetzungen z.B. über offene Schnittstellen zum Identitätsverbund Schweiz schaffen. Der Bundesrat muss zudem seine Kontrollfunktion wahrnehmen, damit die Dienstleistungsanbieter die Sicherheit der E-ID-Anwendungen jederzeit gemäss den entsprechenden Standards erfüllen. Mit der Umsetzung dieser Forderungen wird der Weg für eine flächendeckende und vielseitige Nutzung in der Bevölkerung geebnet. Denn eine elektronische Identität für die Galerie muss verhindert werden.

12. Schlussabstimmungen

Mit den Schlussabstimmungen zu 19 Vorlagen haben die eidgenössischen Räte am Freitag die Frühlingssession 2017 abgeschlossen.

Parlamentarisch unter Dach und Fach kamen folgende Vorlagen:

- › mit 100 zu 93 Stimmen bei 4 Enthaltungen (Nationalrat) und 27 zu 18 Stimmen (Ständerat) das Bundesgesetz über die Reform der Altersvorsorge 2020, das eine Erhöhung des Frauenrentenalters, eine Senkung des Umwandlungssatzes in der zweiten Säule und eine Erhöhung der AHV-Neurenten um 70 Franken enthält;
- › mit 101 zu 92 Stimmen bei 4 Enthaltungen und 27 zu 18 Stimmen der Bundesbeschluss über die Zusatzfinanzierung der AHV durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer;
- › mit 139 zu 55 Stimmen bei 3 Enthaltungen und 36 zu 8 Stimmen bei 1 Enthaltung das Gesetz über das Stabilisierungsprogramm, das Sparmassnahmen im Umfang von 755 Millionen Franken im Jahr 2018 und von 820 Millionen Franken im Jahr 2019 vorsieht;
- › mit 192 zu 4 Stimmen bei 1 Enthaltung und 32 zu 6 Stimmen bei 7 Enthaltungen eine Änderung des Krankenversicherungsgesetzes, mit der Familien und junge Erwachsene weniger Krankenkassenprämien zahlen müssen;
- › mit 197 zu 0 Stimmen und 45 zu 0 Stimmen eine Änderung des Invalidenversicherungsgesetzes, mit welcher Familien mehr Geld erhalten, die schwerkranke oder schwerbehinderte Kinder zu Hause pflegen;
- › mit 111 zu 81 Stimmen bei 5 Enthaltungen und 29 zu 12 Stimmen bei 4 Enthaltungen Änderungen des Gesetzes gegen die Schwarzarbeit, die den Missbrauch des vereinfachten Abrechnungsverfahrens für Löhne und AHV verhindern sollen;

- › mit 125 zu 70 Stimmen bei 2 Enthaltungen und 38 zu 7 Stimmen der Bundesbeschluss über die Genehmigung eines Protokolls zum Übereinkommen über Zwangsarbeit;
- › mit 133 zu 64 Stimmen und 43 zu 0 Stimmen bei 2 Enthaltungen eine Revision des Binnenschiffahrtsgesetzes, mit der die Sicherheitsaufsicht neu geregelt wird;
- › mit 197 zu 0 Stimmen und 45 zu 0 Stimmen eine Revision des Handelsregisterrechts, mit der das Handelsregister modernisiert wird;
- › mit 141 zu 56 Stimmen und 43 zu 1 Stimme bei 1 Enthaltung Änderungen des Stromversorgungsgesetzes, mit welchen die Vorränge bei Stromlieferungen aus dem Ausland neu geregelt werden;
- › mit 148 zu 39 Stimmen bei 10 Enthaltungen und 44 zu 0 Stimmen bei 1 Enthaltung das Tabaksteuergesetz, mit dem der Wasserpfeifentabak bei der Besteuerung mit Feinschnitttabak gleichgestellt wird;
- › mit 197 zu 0 Stimmen und 45 zu 0 Stimmen Änderungen des Steuerharmonisierungsgesetzes, mit welchen die Besteuerung von Maklerprovisionen vereinheitlicht wird.
- › mit 114 zu 81 Stimmen bei 2 Enthaltungen und 38 zu 7 Stimmen der Bundesbeschluss über die Genehmigung eines Zusatzprotokolls zur Europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung;
- › mit 195 zu 0 Stimmen bei 2 Enthaltungen und 45 zu 0 Stimmen eine Revision des Finanzkontrollgesetzes, mit der der Direktor der Finanzkontrolle mehr Kompetenzen erhält;
- › mit 132 zu 65 Stimmen und 38 zu 4 Stimmen bei 3 Enthaltungen eine Verordnung über die Richterstellen am Bundesverwaltungsgericht, mit welcher die Anzahl Richterstellen befristet aufgestockt wird;
- › mit 137 zu 58 Stimmen bei 1 Enthaltung und 40 zu 5 Stimmen eine Änderung des Strafbehördenorganisationsgesetzes, mit der am Bundesstrafgericht eine Berufungskammer geschaffen wird;
- › mit 134 zu 62 Stimmen und 40 zu 5 Stimmen eine Änderung der Richterverordnung und der Verordnung über die Richterstellen am Bundesstrafgericht;
- › mit 197 zu 0 Stimmen und 45 zu 0 Stimmen eine Änderung des BVG-Gesetzes, mit der die Pensionskassen für die Kosten der Oberaufsicht aufkommen müssen;
- › mit 195 zu 0 Stimmen und 45 zu 0 Stimmen der Bundesbeschluss über die Genehmigung der Ministererklärung über die Ausdehnung des Handels mit Produkten der Informationstechnologie, mit der Zölle auf Computern und anderen IT-Produkten abgeschafft werden.

Über die Reform der Altersvorsorge wird das Stimmvolk in jedem Fall entscheiden. Die anderen Vorlagen unterliegen dem fakultativen Referendum.